

Die Tagung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins in Stettin.

Am Mittwoch und Donnerstag waren, wie angekündigt, in Stettin die Vertreterinnen der dem Allgemeinen Deutschen Frauenverein angeschlossenen Verbände zur 29. Hauptversammlung erschienen, überdies eine große Anzahl anderer Mitglieder. Daß die Frauenarbeit in der Kriegszeit sich bewährt hat, daß sie beigetragen hat, das Vaterland aus schwerer Not zu retten, das klang aus all den Begrüßungsreden hervor, die Vertreter der Behörden hielten, der Regierungspräsident o. Schmeling, der die regle Anteilnahme der Regierung und ihre Geneigtheit bekundete, die Frauensache weiter zu fördern; der Oberbürgermeister, Dr. Adermann, und auch der Obervorsteher der Kaufmannschaft, Kommerzienrat Manasse, der sich freilich nicht verhehlen konnte, daß die Arbeitsverhältnisse nach dem Kriege einigermaßen schwierig sein würden.

Trotz der Kriegszeit hat der Verein tüchtige und auch erfolgreiche Arbeit geleistet, und auf dem ihm eigentümlichen Gebiet der Frauenarbeit und Frauenrechte in der Gemeinde ist so mancher Fortschritt erzielt. Vor allem hat die Frau in vielen Städten, so namentlich auch in Köln, Frankfurt und Berlin, in den städtischen Kommissionen und Deputationen festen Fuß zu fassen vermocht, und manche Erfolge winken auf diesem Gebiete wie auf andern verwandten. Daß freilich auch in diesem Punkte das praktische Leben allerlei Schwierigkeiten in sich schließt, die erst in zäher Arbeit langer Jahre überwunden werden können, das zeigte gleich darauf der gehaltvolle Vortrag von Dr. Elisabeth Altmann-Gottheiner (Mannheim), welche die Vorbildung und die Anstellungsverhältnisse der Kommunalbeamtinnen kritisch beleuchtete. Diese Rednerin wies in ihren gehaltvollen Ausführungen klipp und klar nach, in wie peinlicher Weise zum Teil die Fragen der Ausbildung und die der Anstellung miteinander verknüpft sind. Wie sich auf der einen Seite eine langjährige kostspielige Ausbildung für die meisten Berufsausübenden nur lohnt, wenn ihr einigermaßen günstige Anstellungsverhältnisse gegenüberstehen, so ist auf solche doch erst zu rechnen, wenn die Stadtverwaltungen merken, daß die sozialen Ausbildungsanstalten sie mit einem Stab berufsmäßig geschulter, leistungsfähiger Arbeitskräfte zu versorgen vermögen, mit deren Hilfe sie allein die mannigfachen sozialen Aufgaben erfüllen können, die heute in immer neuer Gestalt aufstehen, und die mit ungeschulten Kräften einfach nicht mehr zu bewältigen sind. So heißt denn die Losung: Arbeiten und warten; eine Besserung ist mit der Zeit auch auf diesem Gebiete bestimmt zu erhoffen.

Daß, wie die „Frauenbewegung“ überhaupt in allen ihren Zweigungen, auch der Allgemeine Deutsche Frauenverein das Arbeiten verleiht und das Warten, wenn er es vielleicht nicht von Anfang an konnte, gelernt, bewies auch der Tätigkeitsbericht, den die Leiterin der Zentralfstelle für Gemeindevorsteher der Frau, Frau Jenny Apolant, erstattete; er zeigte aber auch aufs neue den schon von Helene Lange betonten Fortschritt in dieser Beziehung. Den Mittelpunkt der Tagung bildeten natürlich die Vorträge, in denen der Kern der Arbeit des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins am klarsten zum Ausdruck kam, der Vortrag, den Helene Lange in einer Abendversammlung, unter gespanntester Aufmerksamkeit einer zahlreichen Zuhörerschaft, über das Thema **Mütter der Stadt** hielt, und das Referat, das am folgenden Vormittag in geschlossener Versammlung Dr. Gertrud Bäumer über das Gemeindevahlrecht der Frau erstattete. Wie bekannt, führt der Allgemeine Deutsche Frauenverein zugleich die Bezeichnung: **Verband für Frauenarbeit und Frauenrechte in der Gemeinde**. Der Abendvortrag Lange schob die Frauenarbeit, das Referat Bäumers die Frauenrechte mehr in den Vordergrund, ohne indes je den Zusammenhang aus dem Auge zu lassen, der beide unlöslich verknüpft. Die grundsätzliche Bedeutung dieser Reden rechtfertigt es, kurz bei ihnen zu verweilen und dafür die andern, nebensächlichen Punkte (bedeutungslos war keiner) einfach beiseite zu lassen. Frau Helene Lange führte aus, im Kriege habe das Wort Mutter einen neuen, tiefen, neuen Klang bekommen. An die Mütter knüpfte sich die beste Hoffnung des Volkes. Darum werde auch im großen Heilungswerte nach dem Kriege der Einschlag mütterlichen Empfindens in unserm öffentlichen Leben

nicht fehlen dürfen. Es gibt eine besondere politische Aufgabe des Hauses, der Familie, besonders auf den Gebieten der Ernährungs- und der Bevölkerungspolitik, der Familien- und Volkserziehung. Und diese Politik des Hauses muß durch die Frau, besonders die Mutter, vertreten werden. Unsere Frauen müssen lernen, diese ihre besondere Aufgabe zu erkennen und zu erfüllen. Daß es eine „Mütterpolitik“ gibt, das beweist das Wirken der weiblichen Wähler in jenen Staaten, die das Frauenstimmrecht besitzen. Was wir innerhalb der Neuordnung in unserm Vaterlande, vor der wir stehen in erster Linie fordern, ist das Gemeindegewalt der Frau. Wir brauchen zur Erfüllung der politischen Sendung des Hauses Mütter der Stadt in verschiedenem Sinne, erstens Frauen, die stark und frei genug sind, außerhalb des Hauses an öffentlichen Aufgaben (Kinderfürsorge u. a. m.) in mütterlichem Geiste mitzuarbeiten, weiter einen kleineren Kreis von Frauen, die an verantwortlicher Stelle, als Erwählte der Bürgerschaft, selbständig zu wirken vermögen, endlich sollen Mütter der Stadt im weitern Sinne alle Frauen sein, die am Gedeihen der Gemeinde als ihre Mitglieder interessiert sind. Hier die richtigen Wege zu weisen und auch zu bahnen, ist Aufgabe der Frauvereine. Dr. Gertrud Bäumer betonte im Hinblick auf die gegenwärtigen Reformbestrebungen die Bedeutsamkeit der Stunde für die Förderung der Frau nach dem Gemeindevahlrecht, ohne daß damit den weitergehenden Forderungen der Frau irgendwie Abtrag geschehen soll. Starke Betätigung unter den Frauen sei notwendig, unter Benutzung der Kriegserfahrungen die ja in voller Deutlichkeit zeigen, wie der Einzelhaushalt mit Gemeinde und Staat aufs engste verbunden ist. Auch müßten die Frauen, die bereits in öffentlicher städtischer Arbeit stehen, mit allem Nachdruck ihre männlichen Mitarbeiter für den Gedanken des Frauenstimmrechts in der Gemeinde zu gewinnen suchen. Dr. Lange sei erforderlich die Fühlungnahme mit den Parteien. Mit großer Entschiedenheit wandte sich Dr. Bäumer dagegen, daß man etwa bloß den wirtschaftlich selbständigen Frauen das Wahlrecht gewähre, die Ehefrauen aber von ihm ausschleue, und mit nicht geringerer Entschiedenheit verworf sie den Gedanken (mit deutlicher Anspielung auf einen kürzlich in einem Aufsatz in der Kölnischen Zeitung gemachten und ebenda auch bereits zurückgewiesenen Vorschlag), der Frau das bloße passive Wahlrecht zu geben; höher der gewählten Frau müsse auch die weibliche Wählerchaft stehen, wenn sie wirklich weibliche Belange vertreten, den Geist der Frau zur Geltung bringen wolle.

In der Erörterung war man mit dem, was Dr. Bäumer vorgebracht hatte, eines Sinnes, und es wurde unter allgemeiner Zustimmung zum Ausdruck gebracht, daß innerhalb der Frage des Gemeindevahlrechts der Frau in Führung mit den vorgeschlagenen allgemeinen Reformen zu bearbeiten sei. Der Vorstand wurde durch Zuzug wiedergewählt. Am Donnerstagabend sprach Dr. Bäumer in großer Versammlung noch eindringlich über die wichtigsten sozialen Aufgaben der nächsten Zukunft, worauf die Vorstandsmitglieder und die auswärtigen Delegierten einer Einladung zum Tee ins Rathaus folgten. Damit hatte die Tagung, die im Zeichen nimmermüder zukunftsreicher Arbeit stand, ihr Ende erreicht.

Raimund Schrey, Stettin.